

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
08.06.2022
- 3 Bericht 'aktuelle Situation Geflüchtete'
- 4 Sachstand Bürgerservice
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
- 5.1 Kommunale Aufnahme mit dem Städtebündnis Sichere Häfen legalisieren
Vorlage: 22/SVV/0429
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche
Vorlage: 21/SVV/1201
Fraktion DIE LINKE
- 6.2 Prüfung der Versicherungskosten der Pro Potsdam durch das
Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: 22/SVV/0001
Fraktion DIE aNDERE
- 6.3 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 22/SVV/0418
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 6.4 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH
Vorlage: 22/SVV/0419
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Personalbedarfsanalyse
Vorlage: 22/SVV/0452
Oberbürgermeister, Personal und Organisation
- 7.2 Fördermittelmanagement in der LHP
Vorlage: 22/SVV/0464
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabe

- 7.3 Jahresbericht 2021 der PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH
Vorlage: 22/SVV/0578
Oberbürgermeister, Bereich Marketing
- 7.4 Berichterstattung zum Projekt Smart City
- 7.5 Verlängerung der Mietverträge im Rechenzentrum
gemäß Beschluss: 22/SVV/0122
- 7.6 Sachstand Forum Plantage
- 7.7 Information bzgl. Kita-Beiträge bei Personalausfall
gemäß Beschluss: 22/SVV/0161
- 7.8 3. Kooperationsbericht der interkommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: 22/SVV/0586
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.06.2022

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt er vor, die Punkte

- 6.2 - Prüfung der Versicherungskosten der Pro Potsdam durch das Rechnungsprüfungsamt, DS 22/SVV/0001 und
- 6.3 – Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe, DS 22/SVV/0418

zurückzustellen, da die Voten der Fachausschüsse noch nicht vorliegen. Ebenfalls zurückzustellen ist der Punkt 7.7, Information bzgl. Kita-Beiträge bei Personalausfall. Hierzu ist das mit dem Beschluss 22/SVV/0161 beauftragte Schreiben an das MBS ergangen; eine Antwort steht noch aus.

Im Weiteren schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte 7.5 und 7.6 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.1 zu beraten, die sich alle drei auf die Themen

Rechenzentrum/Plantage beziehen.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“, so der Oberbürgermeister, werde er über eine Dienstreise seinerseits informieren. Dann, so Herr Dr. Scharfenberg, soll auch über die Dienstreise des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung nach Sansibar berichtet werden.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 58. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 08.06.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Bericht 'aktuelle Situation Geflüchtete'

Eingangs macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass dies vereinbarungsgemäß der vorerst letzte Bericht sein werde.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, informiert über die allgemeine Lage, die im Land Brandenburg untergebrachten Geflüchteten sowie deren Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Wohnverbänden, Wohnungen und Notunterkünften. (Die Statistik zum Bericht ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.)

zu 4 Sachstand Bürgerservice

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass 3.500 Termine freigeschaltet wurden. Die durchschnittlich 8 – 10% Terminausfälle würden allerdings „ordentliche Löcher“ reißen. Er führt weiter aus, dass der Vertrag für Speed Capture (Bürger erfassen Passfoto, Fingerabdrücke und Unterschrift selbst – unmittelbar bevor sie ihr gewünschtes Dokument beantragen) von ihm gezeichnet wurde; Lieferung und Inbetriebnahme sollen im 4. Quartal d.J. erfolgen. Bezüglich der Fahrradkuriere werde es in der nächsten Woche die Vorstellungstermine geben; die Vergabe für die ebikes sei ebenfalls erfolgreich durchgeführt worden. Bezüglich der Dokumentenbox musste der Anbieter noch einmal gewechselt werden.

Er verweist auf die am Montag beschlossene Besetzung der Fachbereichsleitung Ordnung und Sicherheit, die sicher auch dazu beitragen werde, die Situation kontinuierlich zu verbessern.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung

zu 5.1 Kommunale Aufnahme mit dem Städtebündnis Sichere Häfen legalisieren Vorlage: 22/SVV/0429

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zur Erledigung

Herr Fröhlich bringt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende neue Fassung ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich mit dem Städtebündnis „Städte sicherer Häfen“ und gegenüber der Bundes- und der Landesregierung für ein freiwilliges, kommunales Aufnahmeprogramm einzusetzen.

In einem solchen freiwilligen, kommunalen Aufnahmeprogramm soll, zusätzlich zu den Geflüchteten aus der Seenotrettung, auch die Aufnahme und Integration der Geflüchteten in den Erstaufnahmen und Lagern an den EU - Außengrenzen legalisiert werden.

Der Hauptausschuss soll über den Sachstand zum Jahresende 2022 informiert werden.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass er an die gesetzlichen Rahmenbedingungen gebunden sei und beantragt folgende Ergänzung im ersten Satz:

.....Landesregierung für die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein

Gegen diese erhebt sich kein Widerspruch, so dass die ergänzte neue Fassung zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich mit dem Städtebündnis „Städte sicherer Häfen“ und gegenüber der Bundes- und der Landesregierung für die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein freiwilliges, kommunales Aufnahmeprogramm einzusetzen.

In einem solchen freiwilligen, kommunalen Aufnahmeprogramm soll, zusätzlich zu den Geflüchteten aus der Seenotrettung, auch die Aufnahme und Integration der Geflüchteten in den Erstaufnahmen und Lagern an den EU - Außengrenzen legalisiert werden.

Der Hauptausschuss soll über den Sachstand zum Jahresende 2022 informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 6.1 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche
Vorlage: 21/SVV/1201**

Fraktion DIE LINKE

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen.

Herr Dr. Scharfenberg erläutert namens der Fraktion DIE LINKE eingangs das Anliegen des Antrags und schlägt vor, zeitnah, z.B. nach der Sommerpause, sich zur Formulierung der Fragestellung zu verständigen. Nach der inhaltlichen Ausgestaltung der Formulierung sollte die Befragung organisatorisch noch in diesem Jahr vorbereitet werden. Deshalb gehe es heute nicht um eine Abstimmung, sondern um eine Verständigung zur Verfahrensweise.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen sich mehrere Mitglieder des Hauptausschusses unter Verweis auf den Beschluss der StVV vom 26.01.22 dafür aus, die rechtliche Bewertung abzuwarten.

Der Oberbürgermeister erinnert an die Präsentation von Herrn Kümmel in einer der vorangegangenen Sitzungen des Hauptausschusses und unterstreicht die Empfehlung, mit der endgültigen Entscheidung zur Befragung zu warten, bis das Rechtsgutachten fertig ist. Dieses soll im Sommer fertig sein; soweit allerdings Rechte Dritter betroffen sind, ist die Frage der öffentlichen oder nicht öffentlichen Behandlung zu klären. Deshalb sollte der Antrag bis zur Hauptausschusssitzung im August zurückgestellt werden. Er fordert die Fraktionen auf, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob sich abweichend von der Beschlusslage die Befragung nur auf den Erhalt des Rechenzentrums beziehen soll.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch; der Antrag wird **zurückgestellt**.

zu 7.5 Verlängerung der Mietverträge im Rechenzentrum gemäß Beschluss: 22/SVV/0122

Um das Anliegen des Beschlusses umsetzen zu können, so der Oberbürgermeister, sei eine Nachtragsvereinbarung mit einer neuen Fristsetzung bis 31.01.2025 notwendig sowie eine Vertragsanpassung mit „Glockenweiß“ mit einem neuen Fertigstellungstermin zum 31.10.2024 für die Errichtung des Ersatzbaus (zzgl. Option für drei Monate aufgrund schon heute bekannter Engpässe in der Baubranche). Eine Verlängerung der Nutzungsdauer bedürfe darüber hinaus der Zustimmung der Garnisonkirchenstiftung; ein Schreiben mit der Bitte um Prüfung sei versandt worden. Er hoffe, am Rande der Kuratoriumssitzung am 05. Juli 2022 das Anliegen besprechen zu können; ggf. sei eine Beteiligung/Zustimmung des Stiftungsrates erforderlich.

Auf die Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg, dass er mehr als diese Ausführungen bzgl. einer Prüfung erwartet habe und die Frage, was als „echtes Hindernis“ im Hintergrund stehe, verweist der Oberbürgermeister auf die Beschlusslage vom 04.05.2022 an die er sich halte. Er bittet um eine Versachlichung der Diskussion von Beschlussinhalten. Wenn die Verwaltung mit einer Prüfung beauftragt werde, so halte sie sich daran.

Der Tagesordnungspunkt wird nach einem kontroversen Meinungs austausch beendet.

zu 7.6 Sachstand Forum Plantage

Siehe Tagesordnungspunkt 6. und 7.5.

zu 6.2 Prüfung der Versicherungskosten der Pro Potsdam durch das Rechnungsprüfungsamt

Vorlage: 22/SVV/0001

Fraktion DIE aNDERE

Zurückgestellt – da das Votum des Rechnungsprüfungsausschusses noch nicht vorliegt.

zu 6.3 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe

Vorlage: 22/SVV/0418

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Zurückgestellt – da die Voten der Ausschüsse für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion und für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes noch nicht vorliegen.

zu 6.4 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH

Vorlage: 22/SVV/0419

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung

Herr Dr. Neumann, Leiter des Bereiches Beteiligungsmanagement und strategische Steuerung, bringt die Vorlage ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH gemäß Anlage 2.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Personalbedarfsanalyse

Vorlage: 22/SVV/0452

Oberbürgermeister, Personal und Organisation

Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, erläutert die vorliegende Mitteilung. In der sich anschließenden Diskussion wird hinterfragt, ob die mit dem Beschluss definierten Kriterien für die Systematik der Analyse berücksichtigt werden und der Zusammenhang der Informationen zum Stellenbedarf mit der Haushaltsdiskussion sowie der Anspruch auf eine Bedarfsbemessung unterstrichen.

zu 7.2 Fördermittelmanagement in der LHP

Vorlage: 22/SVV/0464

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabe

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Jahresbericht 2021 der PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH

Vorlage: 22/SVV/0578

Oberbürgermeister, Bereich Marketing

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Berichterstattung zum Projekt Smart City

Eingangs erläutert Herr Dr. Neumann, Leiter des Bereiches Beteiligungsmanagement und strategische Steuerung anhand einer Powerpoint-Präsentation das Projekt Smart-City und geht auf die Teamstruktur, die Kernpunkte des Projektes, die Projektphasen und den Umsetzungsstand ein. Seine Mitarbeitende Frau Görisch führt zu den Überlegungen zum Ablauf der Strategieerstellung aus und erläutert den Arbeitsstand der Teilprojekte. Sie avisiert für das Quartal 1/23 eine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung.

Im Weiteren erläutert Herr Balisch, Stadtwerke Potsdam, die Technologie LoRaWAN, deren Einsatzmöglichkeiten und den aktuellen Stand des Projektablaufs.

Nach Beantwortung einiger Nachfragen, wie z.B. nach der Nutzung der Erfahrungen anderer Städte und eines Themenspeichers sowie dem Grad der Flexibilität von Smart City wird der Tagesordnungspunkt beendet.

(Die Präsentationen sind dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.)

**zu 7.7 Information bzgl. Kita-Beiträge bei Personalausfall
gemäß Beschluss: 22/SVV/0161**

Zurückgestellt; hierzu ist das mit dem Beschluss 22/SVV/0161 beauftragte Schreiben an das MBSJ ergangen; eine Antwort steht noch aus.

zu 7.8 **3. Kooperationsbericht der interkommunalen Zusammenarbeit**

Vorlage: 22/SVV/0586

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister erläutert die Mitteilung und betont, dass zu dieser Thematik natürlich auch die Zusammenarbeit des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss von Potsdam-Mittelmark gehöre.

Wie von der Stadtverordnetenversammlung erbeten, sei ein Treffen in Arbeit und Verabredungen unter Berücksichtigung der Personalsituation in Potsdam-Mittelmark getroffen.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die Berichtspflicht gegenüber der Stadtverordnetenversammlung (gemäß Beschluss 19/SVV/0058) und bittet, im nächsten Bericht auch das Thema „Grundrecht auf Wohnen“ zu berücksichtigen.

Der Oberbürgermeister sichert zu, diese Mitteilungsvorlage in der heutigen Fassung der Stadtverordnetenversammlung im September vorzulegen. Aufgrund der Zeitschiene und der Sommerpause habe er sich für eine Mitteilung vorab im Hauptausschuss entschieden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 **Sonstiges**

Der Oberbürgermeister informiert über das neunzigjährige Bestehen der Potsdamer Hütte des Deutschen Alpenvereins, das am Wochenende vom 08.07. bis 10.07.2022 gefeiert werde. Er sei dazu eingeladen und beabsichtige, dieser Einladung zu folgen. Das habe er beim Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung angezeigt. Der LHP werden keine Kosten entstehen, da er dies mit seinem Familienurlaub verbinden werde.

Bezüglich der Reise nach Sansibar verweist er auf die Berichterstattung zu Städtepartnerschaften im Hauptausschuss. In diesem Zusammenhang sei auch darüber informiert worden, dass nicht der Oberbürgermeister, sondern der Vorsitzende dorthin fahren werde. Sein Büro habe die Reise vorbereitet; soweit er wisse, habe der Vorsitzende im Präsidium/Ältestenrat darüber informiert; auch über die Möglichkeit der Teilnahme weiterer Stadtverordneter. Alle Reiseteilnehmer tragen einen Eigenanteil bzw. die gesamten Reisekosten.

Herr Dr. Scharfenberg zeigt sich darüber verwundert, dass die bisherige Praxis eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr ausgeübt und im Vorfeld eines solchen offiziellen Anlasses die Stadtverordneten informiert wurden. Diese Formalie laut der Entschädigungssatzung sollte auch dann eingehalten werden, wenn keine Kosten entstehen.

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Sachverhalt mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zu klären, da er in Persona keinen Part habe.

